

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

22. April 2013

Pro Rheintal: Nachtfahrverbot ist möglich, Herr Minister !

Bürger Netzwerk widerspricht der Darstellung von Verkehrsminister Ramsauer, ein Nachtfahrverbot für laute Güterzüge sei am Mittelrhein durch EU-Recht ausgeschlossen

„Im Grunde sind wir Minister Ramsauer ja dankbar“, sagt Frank Gross, Chef des Bürger Netzwerks Pro Rheintal, „dass er endlich das Thema Nachtfahrverbot auf die Agenda der Bahnlärm Diskussion setzt.“ Denn bisher hätten die jeweils verantwortlichen Politiker in Berlin dieses Thema wie der Teufel das Weihwasser gescheut.

Es gehe hier nicht um die Frage, ob man formaljuristisch von einem Nachtfahrverbot sprechen könne oder ob es sich um Zugangsbeschränkungen handele. Entscheidend sei, dass die echten Krachmacher von der Strecke kämen und damit neben dem Lärm auch die Unfallgefahr geringer sei. Gross führt aus, dass nach Auskunft der EU-Kommission (Siim Kallas, Kommissions-Vizepräsident und Kommissar für Verkehr) und nach Ansicht führender deutscher Juristen wie Prof. Dr. Urs Kramer (Universität Passau) der Gesetzgeber in Lärmbrennpunkten wie dem Mittelrhein absolut über das Recht und die Möglichkeiten verfüge, lauten Güterwaggons den Zugang zu verwehren. „Nur darauf kommt es an“, so Gross, der entsprechende Schreiben und Aufsätze vorlegte.

Die Begründung „Einschränkung des freien Warenverkehrs“ könne schon deshalb nicht zutreffen, weil es an fast allen deutschen Flughäfen zu Nachtflugverboten komme und auch beim Straßenverkehr aufgrund von Lärm Sonntagsfahrverbote und Tempolimits möglich seien. Offenbar habe die Bahn dem Minister diesen Wunsch ins Buch geschrieben.

Die Lärmmessstationen im Mittelrhein dokumentierten Nacht für Nacht Lärmwerte, die über 100 dB(A) liegen. Das sei ein technischer Hinweis darauf, dass hier Fahrzeuge in einem nicht betriebsgerechten Zustand sind. Diese Fahrzeuge müssten aus dem Verkehr gezogen werden, wozu man weder die EU noch den Minister zu fragen brauche – darauf hätten unsere Beamten einen Eid geschworen!

Dies gebe aber auch dem Gesetzgeber die Gelegenheit, über eine Neuzulassungspflicht für Fahrzeuge älterer Bauart, zu einem Umrüstzwang beziehungsweise zu einem Fahrverbot zu kommen. Das sei nicht eine Frage des Rechts, sondern des Wollens.

Solange dieser Wille fehle, seien auch die Waggonhalter äußerst zögerlich, ihre Fahrzeuge in Ordnung zu bringen. Deshalb seien die Beamten im Verkehrsministerium und der Minister aufgerufen, jetzt endlich einmal die Richtung zu bestimmen, denn ohne dies, bleibe der Lärm unvermindert hoch. Die Gefahr, dass es zu einer Eisenbahnkatastrophe komme, werde von Woche zu Woche größer, weil offenkundig defekte Waggon nicht mehr, wie früher üblich, aussortiert würden. Pro Rheintal könne sich nicht vorstellen, dass dies dem Minister bewusst sei und er diese Verantwortung übernehmen wolle.

Für die Entscheidungen, die gegen den Lärm im Rheintal notwendig seien, brauche es auch den erkennbaren Volkswillen, sich gegen Lärm zur Wehr zu setzen, so wie die Fluglärmgegner seit über einem Jahr jeden Montag am Frankfurter Flughafen zusammenkämen, um zu demonstrieren. Deshalb seien alle Mitbürger, nicht nur im Rheintal und Rheingau aufgerufen, zu der großen Demonstration am kommenden Samstag, 27. April in Mainz zu kommen!

Weitere Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten